

Pressemitteilung

Ansbach, 30. September 2014

„Freihandelsabkommen“ beengen Handlungsspielräume der Kommune:

Offene Linke beantragt Resolution des Stadtrats zu TTIP, CETA und TiSA

Europaweit mehren sich derzeit die Proteste der Bevölkerung gegen die so genannten „Freihandelsabkommen“ zwischen EU und USA bzw. Kanada TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trades in Service Agreement). Neben berechtigten Sorgen, diese Abkommen könnten deutsche Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz oder der Kulturförderung aushöhlen, hätte die Ratifizierung der Verträge in derzeit bestehender Form die Verträge insbesondere für die Handlungsfähigkeit der Kommunen zahlreiche negative Folgen.

So besteht die akute Gefahr einer schleichenden Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge; von der Wasserversorgung bis hin zur Müllabfuhr. Zudem sollen bisherige „freihändige Vergaben“ durch den Zwang weltweiter Ausschreibungen ersetzt werden. Dies führt nicht nur zu einer zunehmenden Bürokratisierung des kommunalen Beschaffungswesens, sondern schädigt auch die kleinen und mittelständischen Dienstleister in unserer Stadt.

Große Konzerne sollen ihre Profitinteressen darüber hinaus über so genannte „Schiedsgerichte“ einklagen können. Diese geheim tagenden Gremien sollen sich auch über geltende Bundes- und Landesgesetze sowie über kommunale Verordnungen hinweg setzen können.

Die Offene Linke Ansbach (OLA) sieht es als Gebot der Stunde an, dass auch der Ansbacher Stadtrat ein klares Signal für den Schutz von Umwelt und Verbraucher sowie für die Wahrung des kommunalen Handlungsspielraums und der Gestaltungshoheit von Städten und Gemeinden setzt. Für die Stadtratssitzung am 14.10.14 hat die OLA daher fristgerecht einen dahingehenden Beschlussvorschlag eingereicht (siehe Anlage).

Damit würde Ansbach die lange Reihe aus vielen Gebietskörperschaften ergänzen, die gleichlautende Beschlüsse bereits gefasst haben. Eine kleine Auswahl: Berlin Friedrichshain-Kreuzberg – Braunschweig - Bremen - Erfurt - Erkrath - Essen - Eschweiler - Freiburg - Groß-Gerau - Hanau - Region Hannover - Hildesheim - Kassel - Laatzen - Magdeburg - Main-Kinzig-Kreis - Marburg - Offenbach am Main - Oldenburg - Osnabrück - Planungsverband Oberlande - Potsdam - Landkreis Roth - Solingen - Kreis Vorpommern-Greifswald.

Sicherlich hat eine Resolution des Stadtrats zu TTIP, CETA und TiSA deklaratorischen Charakter. Gleichwohl kann Ansbach dadurch gemeinsam mit zahlreichen anderen Kommunen wirksamen politischen Druck für die Wahrung ihrer Selbstverwaltungsrechte sowie für die Interessen ihrer Bürger und den kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort aufbauen.

gez.

Kerstin Kernstock-Jeremias

Boris-André Meyer

Uwe Schildbach

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199

HYPERLINK "mailto:boris.meyer@offene-linke-ansbach.de"[boris.meyer@offene-linke-](mailto:boris.meyer@offene-linke-ansbach.de)